

## Warum herrscht Frieden in Europa?

**John J. Mearsheimer**

**Zusammenfassung:** In Europa herrscht seit dem Fall der Berliner Mauer vor zwanzig Jahren Frieden. Dieser Artikel versucht zu erklären, warum. Das zentrale Argument ist, dass der Frieden zum großen Teil auf Europas Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zurückzuführen ist, das sich seit dem Ende des Kalten Krieges nicht wesentlich geändert hat. Amerika fungiert als Friedensbewahrer in Europa, bleibt in der Region militärisch stark präsent und hält die NATO intakt. Die meisten Europäer halten es für sinnvoll, dass die Vereinigten Staaten versuchen, die Geschicke der Welt zu lenken. Viele europäische Staaten, besonders Großbritannien, waren bereit den Vereinigten Staaten dabei zu helfen. Europas mächtigste Staaten hatten daher kaum Zeit sich gegenseitig Sorgen zu machen. Andere Erklärungen stellen die friedenserhaltenden Effekte der Europäischen Union und der Ausbreitung der Demokratie auf dem ganzen Kontinent in den Mittelpunkt. Aber diese Erklärungen sind letzten Endes nicht überzeugend. Zwei Faktoren werden die Aussichten für den weiteren Frieden bestimmen: die Frage, ob es ernsthafte Verwicklungen zwischen Russland und der Ukraine geben wird und ob die Vereinigten Staaten in Europa bleiben und die NATO intakt halten.

**Schlüsselwörter:** Afghanistan · Friedensbewahrer Amerika · Demokratische Friedenstheorie  
Europäische Union · Francis Fukuyama · Deutsche Kernwaffen · Louis Hartz · Liberale  
imperiale Mission · NATO · Out of area · Frieden in Europa · Russland · Ukraine

### Why is Europe peaceful today?

**Abstract:** Since the fall of the Berlin Wall twenty years ago Europe has been so peaceful. This article attempts to explain why. The core argument is that peace is largely due to Europe's relationship with the United States. After the Cold War, America has continued to act as Europe's pacifier. Most Europeans are comfortable with the idea that it makes good sense for the United States to try to run the world. Many European countries have been willing to support this request, which means that they have been too busy to worry about each other. Two factors will determine the prospects for continued peace in Europe: whether there is serious trouble between Russia and Ukraine, and whether the United States remains in place and keeps NATO intact.

**Keywords:** Afghanistan · American pacifier · Democratic peace theory · European Union · Francis Fukuyama · German nuclear weapons · Louis Hartz · Liberal imperial mission · NATO · Out of area · Peace in Europe · Ukraine · Russia

---

© VS-Verlag 2009

Prof. J. J. Mearsheimer (✉)

Political Science Department, University of Chicago, 5828 South University Ave. Chicago  
IL 60637 Chicago, USA

E-Mail: [j-mearsheimer@uchicago.edu](mailto:j-mearsheimer@uchicago.edu)

Der Fall der Berliner Mauer war eines der bedeutendsten und folgenreichsten Ereignisse in der jüngeren Weltgeschichte. In den zwanzig Jahren, die seitdem verstrichen sind, ist sehr viel geschehen, und heute befinden wir uns in einer schweren Wirtschaftskrise, von der zu erwarten ist, dass auch sie für das künftige europäische Zusammenleben weitreichende Folgen zeitigt. Trotz des Fortgangs der Geschichte sehe ich aber die wichtigste Entwicklung darin, dass in Europa Frieden herrscht.

Gewiss, es gab in den 1990er Jahren mehrere kleine Kriege auf dem Balkan. Aber die europäischen Hauptmächte hatten sie nicht ausgelöst, nutzten sie nicht, um einen nationalen Vorteil zu erzielen, und schafften es schließlich mit Hilfe der Vereinigten Staaten, sie zu beenden. Entscheidend war, dass es zu keinem Krieg mit einer der Hauptmächte kam. Tatsächlich gab es unter ihnen kaum Konkurrenzkämpfe in europäischen Sicherheitsfragen.

Angesichts der turbulenten Geschichte Europas ist das zweifellos beachtlich. Umso mehr, als das Europa des 20. Jahrhunderts Schauplatz zweier der schrecklichsten Kriege seit Beginn der Geschichtsschreibung gewesen ist, auf die der Kalte Krieg folgte. Die großen Entwicklungslinien der europäischen Geschichte unterscheiden sich ganz deutlich von dem, was wir nach dem Mauerfall in den letzten beiden Jahrzehnten erlebt haben.

Was erklärt diesen Wechsel vom Konflikt zum Frieden? Warum war Europa seit 1989 so friedlich? Manche werden dies für eine wenig interessante Frage halten, weil sie davon ausgehen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa ein für allemal beseitigt sei. Ich stimme dieser These nicht zu. In der internationalen Politik ist nichts von Dauer. Wir müssen begreifen, wie wir dahin gelangt sind, wo wir heute sind, um einschätzen zu können, welche künftigen Entwicklungen wir zu erwarten haben.

Zurück zu meiner Ausgangsfrage. Man könnte denken, die Antwort ist einfach: Die Sowjetunion ist kollabiert, und da es diese bedrohliche Supermacht nicht mehr gibt, brauchen sich die übrigen Staaten in Europa um ihre wechselseitige Sicherheit nicht mehr zu sorgen. Das Problem dabei ist, dass gefährlichen europäischen Staaten die Reißzähne zuvor schon mehrfach gezogen wurden – denken wir an das napoleonische Frankreich, an das deutsche Kaiserreich und an Nazideutschland. Die größeren Mächte haben wiederholt Möglichkeiten gefunden, miteinander zu konkurrieren und manchmal auch sich zu bekriegen. Deshalb glaube ich nicht, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion Europas Friedfertigkeit erklären kann.

Ich bin vielmehr der Ansicht, dass die Erklärung in Europas Beziehung zu den Vereinigten Staaten zu suchen ist. In dieser Beziehung hat sich seit dem Ende des Kalten Krieges erstaunlich wenig geändert. Man wird sogar behaupten dürfen, dass das transatlantische Verhältnis seit dem Fall der Berliner Mauer noch intensiver geworden ist.

Dieses Verhältnis hat in Bezug auf die Friedensförderung zwei Dimensionen. Zum einen ist Amerika der Friedensbewahrer Europas geblieben, indem es auf dem Kontinent weiterhin in bedeutendem Maße militärisch präsent bleibt und die NATO intakt hält. Zum anderen haben die meisten Europäer nicht nur Amerikas fortwährende Präsenz begrüßt, sondern auch die Idee weitgehend akzeptiert, dass die Vereinigten Staaten die moralische und strategische Verantwortung haben, die Geschicke der Welt zu lenken. Tatsächlich waren die Europäer, besonders die Briten, gewillt, den Vereinigten Staaten zu helfen, bestimmte Gebiete der Welt zu kontrollieren, was letztlich dazu führte, dass Europas Hauptmächte so mit Gefahrenherden in Zentralasien und im Nahen Osten beschäftigt

waren, dass für Zank zwischen ihnen wenig Zeit blieb. Ich möchte auf jeden dieser Punkte näher eingehen, beginnend mit Amerikas Rolle als Friedensbewahrer in Europa.

## 1 Die Vereinigten Staaten als Friedensstifter

Als der Kalte Krieg zu Ende ging und die Sowjetunion ihre Truppen aus Osteuropa abzog, hatte ich vorausgesagt, dass die Vereinigten Staaten dasselbe tun und sich aus Westeuropa zurückziehen würden, wodurch eine Sicherheitskonkurrenz zwischen den Hauptmächten Europas entstehen würde.<sup>1</sup> Aber die Vereinigten Staaten verließen Europa nicht und ließen nicht zu, dass sich die NATO auflöste. Stattdessen behielten sie weiterhin ihre Streitkräfte in Europa, wenngleich auf einem zahlenmäßig niedrigeren Niveau als während des Kalten Krieges. Und sie erweiterten die NATO in Richtung Osten, wodurch ihr jetzt alle Länder Osteuropas angehören, die einst wichtige Mitglieder des Warschauer Pakts waren: die Tschechische Republik, Ostdeutschland, Polen und die Slowakei. Tatsächlich sind sogar einige Länder – Estland, Lettland und Litauen –, die einmal Teil der Sowjetunion waren, heute Mitglieder der NATO.

Amerikas Entscheidung, in Europa zu bleiben und die NATO in vieler Hinsicht wie während des Kalten Krieges zu führen, hat maßgeblich zum Erhalt der Stabilität in Europa beigetragen. Der Grund ist einfach darin zu sehen, dass die Vereinigten Staaten das bei weitem mächtigste Land der Welt sind und als zuverlässiger Wächter fungieren. Ihre Präsenz auf dem Kontinent bedeutet, dass kaum Chancen bestehen, dass zwei Staaten innerhalb der NATO gegeneinander Krieg führen, einfach weil die Vereinigten Staaten das nicht tolerieren würden. Dies bedeutet, dass Frankreich und Deutschland friedlich zusammenleben können und sich nicht mehr um das militärische Gleichgewicht untereinander sorgen müssen, wie sie es die längste Zeit ihrer gemeinsamen Geschichte für nötig hielten. Dass sich die NATO weit nach Osten ausdehnte, bedeutet nicht anderes, als dass ein riesiger Teil Europas durch „Uncle Sam’s“ Präsenz pazifiziert wurde.

Die Vereinigten Staaten erhöhen die europäische Stabilität zudem noch auf eine andere Art. Sie spannen ihren Sicherheitsschirm über alle NATO-Staaten, was bedeutet, dass Länder wie Deutschland und Polen sich wegen einer Gefahr, die vielleicht von nicht der NATO angehörenden Staaten wie Russland ausgeht, keine Sorgen machen müssen. Sehr wichtig ist, dass Deutschland, das kein eigenes nukleares Arsenal besitzt, sich wegen der Kernwaffen Russlands nicht zu beunruhigen braucht, da Deutschland unter Amerikas nuklearem Schutzschild steht. Kurz gesagt, die Vereinigten Staaten schützen die NATO-Länder voreinander und vor ernststen Gefahren, die ihnen von außen drohen.

Nicht alle werden mein Argument überzeugend finden, halten sie es doch für ausgemacht, dass ein ernsthaftes Kriegeisiko in Europa nicht existiert und es daher keine Notwendigkeit für die Vereinigten Staaten gebe, ihr kontinentales Engagement weiterhin aufrecht zu erhalten. Die Wahrheit ist, dass wir so lange nicht wissen, wer Recht hat, bis die US-Truppen vollständig aus Europa abgezogen sind und die NATO aufgelöst

---

1 John J. Mearsheimer, Back to the future: Instability in Europe after the Cold War, *International Security*, 15, 4 (Summer 1990): 5–56; John J. Mearsheimer, Why we will soon miss the Cold War, *The Atlantic*, August 1990: 35–50.

ist. Blicke Europa nach einem amerikanischen Rückzug friedlich, hätte ich mich geirrt. Kommt es jedoch zu einer ernststen Sicherheitskonkurrenz, wäre meine These bestätigt.

Vielleicht ist es gut, daran zu erinnern, dass die meisten europäischen Staatschefs glauben, eine Aufrechterhaltung der militärischen Präsenz Amerikas in Europa sei sehr sinnvoll. Von keinem europäischen Staatschef hat man in den vergangenen zwei Jahrzehnten den Ruf: „Yankee, go home!“ gehört. Und es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass dieser Ruf bald zu hören sein würde. Sogar die Russen haben es begrüßt, dass die Vereinigten Staaten in Europa bleiben und die NATO beibehalten, weil sie nicht möchten, dass Deutschland für seine eigene Sicherheit sorgt. Was die Russen verständlicherweise allerdings nicht wollen, ist, dass sich die NATO bis zu ihren Grenzen ausdehnt.

Weshalb besteht ein so großes Interesse daran, dass die Vereinigten Staaten ihr militärisches Engagement in Europa fortsetzen? Weil die meisten Europäer – und auch die meisten Amerikaner – glauben, dass die letzte Supermacht der Welt die entscheidende Rolle für die Erhaltung des Friedens in Europa spielt. Zieht sich dieser Gigant zurück, so wird es wahrscheinlich große Probleme geben. Warum sonst sollten amerikanische Truppen hier bleiben?

Es gibt einen weiteren Grund, weshalb in Europa Frieden herrscht, und das hat damit zu tun, wie Europa und die Vereinigten Staaten denken und sich gegenüber anderen Regionen der Welt verhalten. Die meisten Amerikaner glauben, ihr Land habe sowohl eine moralische als auch eine strategische Pflicht, sich in das Alltagsleben der Länder auf der ganzen Welt einzumischen. Und manchmal sind sie auch gewillt, militärische Gewalt einzusetzen, um ihre Ziele zu erreichen.

Diese Denkart ist nicht nur unter Neokonservativen und Republikanern zu finden, sie ist auch unter Demokraten weit verbreitet. Es sei daran erinnert, dass es eine Demokratin, Außenministerin Madeleine Albright, war, die sagte: „Wenn wir Gewalt anwenden müssen, dann deshalb, weil wir Amerika sind. Wir sind die unentbehrliche Nation. Wir sind groß. Wir sehen weiter in die Zukunft.“ Und es war Madeleine Albright, die zu Colin Powell, als er Vorsitzender des Generalstabs war, sagte: „Was nützt dieses erstklassige Militär, von dem Sie immer sprechen, wenn wir es nicht einsetzen dürfen?“ Schließlich darf man auch nicht vergessen, dass viele liberale Demokraten den Irakkrieg unterstützt haben; tatsächlich hat sich keiner der gegenwärtigen außenpolitischen Hauptberater Barack Obamas gegen die Entscheidung zum Einmarsch in den Irak im März 2003 gewandt.

Angesichts der bitteren Erfahrungen Europas mit dem Kolonialismus in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts möchte man glauben, die meisten Europäer wären gegen Amerikas imperiale Mission. Obwohl ich denke, dass in der europäischen Bevölkerung viele diese Meinung teilen, tun das die meisten der europäischen politischen Führer nicht. Sie scheinen gewillt, bei den Bemühungen, die Geschicke der Welt zu lenken als Amerikas Juniorpartner aufzutreten. Großbritannien ist das beste Beispiel für dieses Verhalten. Denken wir daran, dass die Vereinigten Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges fünf Kriege begonnen haben oder militärisch intervenierten: Irak (1991), Bosnien (1995), Kosovo (1999), Afghanistan (2001) und Irak (2003). Großbritannien hat bei jedem dieser Konflikte Seite an Seite mit den Vereinigten Staaten gekämpft.

Aber es ist nicht nur Großbritannien, das Amerikas ambitionierte Außenpolitik unterstützt. Die NATO ist bemüht, sich so aufzustellen, dass sie „out of area“ kämpfen kann.

Tatsächlich befinden sich Truppen aus 28 NATO-Staaten in Afghanistan. Und als die Vereinigten Staaten im März 2003 gegen den Irak losschlugen, taten sie dies mit einer „Koalition der Willigen“, die aus Großbritannien, Dänemark, Polen und Spanien bestand. Binnen eines Jahres nach dem Beginn der Invasion wurden von der Tschechischen Republik, von Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, den Niederlanden, Norwegen, Portugal und Rumänien – alles NATO-Mitglieder – kleine Truppenkontingente in den Irak entsandt. Danach begann die NATO im Dezember 2004 eine Ausbildungsmission im Irak.

Man könnte dieser Argumentation mit dem Hinweis begegnen, zwei Schwergewichte Europas, Frankreich und Deutschland, hätten den Irakkrieg abgelehnt und keine Truppen dorthin geschickt. Das stimmt zwar, aber nicht deshalb, weil Berlin und Paris dagegen waren, sich in die irakischen Angelegenheiten einzumischen. Stattdessen waren führende französische und deutsche Politiker der Auffassung, ein Krieg im Winter 2003 würde keinen Sinn machen, weil Saddam Hussein UN-Waffeninspektoren den Zugang in den Irak erlaubt hatte und es gute Gründe für die Annahme gebe, dass die Inspektoren in der Lage seien, herauszufinden, ob der Irak Massenvernichtungswaffen besitze oder nicht – was damals als das kritische Problem angesehen wurde. Die Franzosen waren bereit, in den Krieg gegen den Irak einzutreten, wenn die Inspektoren Massenvernichtungswaffen entdeckten und Saddam sich weigern würde, auf sie zu verzichten. In diesem Fall hätte Deutschland sich wahrscheinlich nicht am Krieg beteiligt, aber sicherlich ebenso wenig versucht, ihn zu stoppen.

Deutschland hat gleichwohl Truppen nach Afghanistan entsandt, wenn diese sich auch von schweren Kämpfen fernhielten. Trotzdem ist das deutsche Militär in Afghanistan unlängst in eine Kontroverse verwickelt worden, die zeigt, bis zu welchem Grade sogar die Deutschen bereit sind, Amerikas liberale imperiale Agenda zu unterstützen. Im September 2009 forderte die deutsche Bundeswehr amerikanische Luftunterstützung gegen zwei Tanklaster an, die die Taliban gekapert hatten. Bei den Bombenangriffen der amerikanischen Luftstreitkräfte wurden etwa 70 bis 130 Menschen, unter ihnen Zivilisten, getötet. Dieser Angriff, der kaum der erste seiner Art war, hat ernste Probleme der NATO mit den Afghanen und ihren Führern heraufbeschworen.

Er hat zudem Schwierigkeiten innerhalb der Allianz verursacht. Das Wall Street Journal berichtete am 8. September 2009: „Ein US-deutscher Streit über einen todbringenden Luftangriff in Afghanistan ... ist eskaliert, da US-amerikanische Kommandeure das deutsche Militär beschuldigten, gegen die Leitlinien zur Vermeidung ziviler Opfer verstoßen zu haben. US-Militärs stellten die Frage, warum die deutsche Bundeswehr einen Luftschlag angefordert habe, als deutsche Soldaten nicht unter Beschuss von Aufständischen standen, und warum der Aufklärungsdienst der Bundeswehr zu der Auffassung gelangt sei, dass keine Zivilisten getroffen würden.“<sup>2</sup>

Bemerkenswert an dieser Situation ist, dass das deutsche Militär – nicht das amerikanische – dafür unter Beschuss genommen wird, fahrlässig Flugzeuge eingesetzt und eine große Anzahl von Zivilisten getötet zu haben. Immerhin werden gewöhnlich die Vereinigten Staaten beschuldigt, wenn sich Derartiges ereignet. Und es waren amerikanische Flugzeuge, die den Bombenangriff für die Deutschen ausführten. All das zeigt, in

---

2 Marcus Walker, Matthew Rosenberg und Yochi J. Dreazen, Germany faces scrutiny over Afghan airstrike, *Wall Street Journal*, 8. September 2009.

welchem Umfang Deutschland und die Vereinigten Staaten im Alltag des Einsatzes in Afghanistan zusammenwirken.

Es gibt andere Fälle – besonders im Nahen Osten –, wo sich Europa und die Vereinigten Staaten gemeinsam bemüht haben, potentiellen Problemen zu begegnen. So haben z. B. Großbritannien, Frankreich und Deutschland eifrig Washingtons Kampagne unterstützt, Iran daran zu hindern, die Fähigkeit zur Urananreicherung zu erlangen, obwohl Teheran als ein Unterzeichner des NPT (Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen. Der Übers.) ein Recht dazu hat – natürlich vorausgesetzt, dass es kein waffenfähiges Uran produziert.

Außerdem gibt es dort, wo einst bedeutende Differenzen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten über den israelisch-palästinensischen Konflikt bestanden, keine großen Meinungsverschiedenheiten mehr darüber, wie sich die amerikanische und europäische politische Führung die Lösung dieses Konflikts vorstellen. Politiker auf beiden Seiten des Atlantiks befürworten die Zwei-Staaten-Lösung, drängen Israel, den Bau von Siedlungen zu stoppen, verdammen den palästinensischen Terrorismus und stellen sich an die Seite Israels, wenn es in kriegerische Auseinandersetzungen mit den Arabern gerät. Es ist nicht zu leugnen, dass die Europäer gelegentlich Kritik an Israel üben, aber dies tun auch die Vereinigten Staaten. Europäische Politiker meiden scharfe Äußerungen gegenüber Israel; stattdessen folgen sie Amerika, wenn sie sich mit den Israelis und den Palästinensern befassen, gerade so, wie sie es auch im Falle der übrigen Krisenherden der Welt tun.

Was geschieht hier eigentlich? Warum sind europäische Führer bereit, Amerikas Juniorpartner in der Lenkung der Geschicke der Welt zu sein? Warum hat Europa sich der liberalen imperialen Mission Amerikas angeschlossen?

## 2 Europa und die imperiale Mission der USA

Offensichtlich haben durch die langen Erfahrungen des Kalten Krieges Europa und die Vereinigten Staaten gelernt, eng zusammenzuarbeiten, und das hat dazu beigetragen, dass die Europäer gelernt haben, Amerika in allgemein festgelegten Sicherheitsfragen zu folgen. Trotzdem passiert hier etwas Grundlegenderes: Ich behaupte, Europa ist in den vergangenen 65 Jahren amerikanisiert worden. Das möchte ich begründen. Es gibt in den Vereinigten Staaten eine reichhaltige Fachliteratur über den sogenannten amerikanischen Exzeptionalismus. Das wahrscheinlich berühmteste Buch dieses Genres ist *The liberal tradition in America* von Louis Hartz, das zum ersten Mal im Jahre 1955 erschien ist.<sup>3</sup> Er argumentiert, das Besondere an Amerika sei, dass es seit seiner Gründung ein durch und durch liberales Land war. Es kam liberal zur Welt, weil es keine feudale Tradition wie Europa hatte – was besagte, dass Amerika keine reale Linke und keine reale Rechte hatte. Kommunismus und Faschismus hatten in den Vereinigten Staaten nicht nur deswegen nie eine Chance, weil es so liberal war, sondern auch, weil dieser Liberalismus völlig intolerant gegenüber anderen politischen Ideologen war. Europa, so Hartz, war grund-

3 Louis Hartz. 1955. *The liberal tradition in America. An interpretation of American political thought since the revolution*. New York: Harcourt, Brace & Co.

sätzlich anders, weil es eine feudale Vergangenheit und ein wirkliches linkes und rechtes politisches Spektrum aufwies.

Obwohl diese Beschreibung der europäischen politischen Landschaft für den größten Teil seiner Geschichte zutrifft, stimmt sie heute nicht mehr. Die Rechte – in ihrer faschistischen Form – erlitt während des Zweiten Weltkriegs eine Reihe ungeheurer Niederlagen, und später wandelten sich Portugal und Spanien von rechten Diktaturen zu Demokratien. Die radikale Linke dagegen erlitt eine vernichtende Niederlage, als der Kommunismus 1989 kollabierte, obwohl diese Ideologie bereits vor dem Fall der Berliner Mauer viel von ihrer Anziehungskraft verloren hatte. Praktisch bedeutete dies, dass die kommunistischen Parteien in Westeuropa keine Zukunft hatten, zumindest als wirklich kommunistische Parteien. Und die früheren kommunistischen Länder in Osteuropa hegten allesamt den Wunsch, liberale Demokratien wie ihre westlichen Nachbarn zu werden.

In der Tat gab es nach dem Kalten Krieg keine reale Alternative zur liberalen Demokratie in Europa. Die Hartzsche Beschreibung von Amerika galt fortan auch für Europa.

Diese neuen Verhältnisse spiegeln sich in Francis Fukuyamas berühmten Artikel aus dem Jahre 1989 über „Das Ende der Geschichte“ wieder, in dem er argumentierte, dass die liberale Demokratie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über den Faschismus und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts über den Kommunismus gesiegt und die liberale Demokratie keinem ernsthaften Herausforderer mehr gegenüber gestanden habe.<sup>4</sup> Hier sei Fukuyama zitiert: „Was wir erleben, ist nicht nur das Ende des Kalten Krieges oder der Übergang zu einer besonderen Periode der Nachkriegsgeschichte, sondern das Ende der ideologischen Evolution der Menschheit und der Universalisierung der westlichen liberalen Demokratie als der Endform der menschlichen Regierung.“ Fukuyama bemerkte vorsichtig, dass die liberale Demokratie noch nicht in jedem Gebiet der Erde gesiegt habe. Er schrieb z. B.: „Die große Zahl der Länder der Dritten Welt verharrt weiterhin tief im Morast der Geschichte und wird noch viele Jahre lang ein Terrain von Konflikten sein.“ Aber ihm war klar, dass die liberale Demokratie in Westeuropa gesiegt hatte und dass sie selbstredend immer die herrschende Ideologie der Vereinigten Staaten gewesen war. Fukuyama musste zwar für seinen Artikel eine Menge Kritik einstecken, aber ich kenne niemanden, der ernsthaft behauptete, er habe Unrecht in Bezug auf den Sieg der liberalen Demokratie in Westeuropa gehabt.

Dieser Sieg hatte für Europa zwei wichtige Folgen. Erstens erleichterte er die transatlantische Zusammenarbeit sowohl in Europa als auch in anderen Regionen der Erde. Die Vereinigten Staaten und Europa sprachen jetzt dieselbe politische Sprache und tendierten dazu, die übrige Welt auf ähnliche Weise zu sehen. Dadurch wurde es leichter, bei gemeinsamen Unternehmungen zusammenzuarbeiten – gleich und gleich gesellt sich gern. Zweitens tendierten viele Europäer dazu, Fukuyamas triumphale Einschätzung zu teilen, obwohl sie in ihrer Rhetorik gewiss bescheidener waren als die Amerikaner, die gewöhnlich keine Gelegenheit versäumen, mit ihren überragenden Tugenden zu prahlen. Trotzdem besteht wenig Zweifel daran, dass die Europäer, wenn sie sich ansahen, was sie in den fünfundvierzig Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufgebaut hatten, mit großem Selbstbewusstsein zu dem Schluss kamen, auch sie hätten ihre magische Formel in der liberalen Demokratie gefunden.

---

4 Francis Fukuyama, The end of history? In: *The National Interest* 16 (Summer 1989): 3–18.

Selbstverständlich bestand der nächste offenkundige Schritt darin, dafür zu sorgen, dass sich Osteuropa an Westeuropa ausrichte. Das ist der Grund, weshalb sich sowohl die EU als auch die NATO in den vergangenen zwanzig Jahren nach Osten ausdehnten. Das Ziel war die Errichtung eines gemeinsamen europäischen Hauses. Es dauerte jedoch nicht lange, bis diese Denkweise viele Europäer veranlasste, die liberale Demokratie auch in Regionen außerhalb Europas anzustreben. Immerhin, wenn man die magische Formel hat, warum sollte man nicht dafür sorgen, dass auch viele andere Nutzen aus ihr ziehen können und viele weitere Gebiete der Erde wohlhabend und friedfertig wie Europa werden? Sobald man jedoch in dieser Richtung zu denken beginnt, befindet man sich auf dem rutschigen Weg, der zum liberalen Imperialismus führt.

Sicher waren die Europäer zögerlicher als die Amerikaner, den imperialen Auftrag anzunehmen, und sie waren viel vorsichtiger als ihre Freunde aus der Neuen Welt, wenn es darum ging, militärische Gewaltmittel für die Verbreitung der liberalen Demokratie einzusetzen. Die Europäer blicken auf eine reiche Geschichte zurück, wenn es darum geht, Nichteuropäern zu sagen, wie sie ihr Leben gestalten sollen – und das war zumeist keine glückliche Geschichte. Zudem verfügen sie nicht über eine voll ausgebildete Fähigkeit zur Machtprojektion. Auch deshalb war es ihre Sache nicht, für die Ausbreitung der liberalen Demokratie mit vorgehaltenem Gewehr einzustehen. Solche Erwägungen spielten jedoch zuletzt keine große Rolle mehr, weil Europa Amerikas Führung folgen konnte und damit rechnen konnte, dass Washington die Europäer nicht darum bitten würde, groß zu kämpfen und dabei zu sterben. Europa würde Amerikas Juniorpartner in einem kooperativen Projekt sein mit dem Ziel, die liberale Demokratie in konfliktträchtigen Regionen wie Zentralasien und Naher Osten auszubreiten.

Die wichtigste Konsequenz dieser stillschweigenden Übereinkunft, mit den Amerikanern in großem, globalem Umfang *social engineering* zu betreiben, ist, dass die Europäer in brutale und nicht gewinnbare Kriege in Afghanistan und im Irak hineingezogen wurden. Glücklicherweise waren ihre Führer so geistesgegenwärtig, sich fast ganz aus dem Irak zurückzuziehen. Aber zu ihrem Pech befinden sich europäische Truppen noch in Afghanistan, in einem Krieg, von dem niemand sagen kann, wann er enden wird.

Einer der Vorteile der Entscheidung Europas, in Afghanistan und im Irak zu kämpfen, besteht darin, dass die Länder Europas so stark mit der Bekämpfung von Aufständischen im Ausland beschäftigt sind, dass sie kaum Zeit fanden, sich große Sorgen um ihre eigenen Verhältnisse auf dem europäischen Kontinent zu machen. Mit anderen Worten, wenn es darauf ankommt, über Sicherheit nachzudenken, blicken Europäer nach draußen und nicht nach drinnen. Es liegt eine gewisse Paradoxie darin, dass diese Situation dem Frieden in Europa förderlich ist. Zugleich hat Amerikas Kampagne, die Welt für liberale Demokratie sicher zu machen, nicht zu einer Schwächung seines Engagements in Europa geführt, und das bedeutet, dass der amerikanische Friedensstifter und -bewahrer als maßgeblicher Garant des Friedens in Europa präsent bleibt. Der Kontinent hat, vor diesem Hintergrund wenig verwunderlich, im Laufe der letzten zwanzig Jahre einen nie dagewesenen Frieden erlebt.

Die Europäische Union als Friedensmacht? Es gibt selbstverständlich auch andere Erklärungen dafür, weshalb Europa nach dem Kalten Krieg so friedlich gewesen ist. Ich möchte kurz auf die drei aus meiner Sicht wichtigsten Gegenargumente gegen meine These eingehen.

Erstens wird behauptet, die Abwesenheit eines ernsten innereuropäischen Konflikts sei darauf zurückzuführen, dass sich mit der Europäischen Union die Einstellungen der Europäer zu ihrer Identität verändert hat. Die meisten Europäer, so das Argument, haben ihre nationale Identität hinter sich gelassen und stattdessen eine europäische angenommen. Mit anderen Worten, sie betrachten sich als Europäer und nicht mehr als Italiener oder Deutsche. Diese neue Identität hat natürlich Auswirkungen darauf, wie die Länder in der EU über ihre Interessen denken. Europäer denken nicht im Sinne des altmodischen Begriffs „nationales Interesse“. Stattdessen betonen sie das, was gut für Europa als Ganzes ist, und bagatellisieren, was das Beste für ihre einzelnen Länder sein könnte. Eigentlich habe sich Europa in eine große Familie verwandelt, wo es sicherlich Streitigkeiten gibt, aber wo die Familienmitglieder es nicht zulassen, sich gegenseitig zu töten.

Die Daten von Erhebungen zeigen, dass diese Erklärung nicht richtig sein kann, weil eine deutliche Mehrheit von Europäern nicht ihre nationalen Identitäten für eine europäische aufgegeben haben. Eurobarometer-Umfragen der letzten zwanzig Jahre zeigen dies ganz deutlich. Dabei wurde gefragt: „Sehen Sie sich künftig nur als Europäer, als Europäer plus Ihre Nationalzugehörigkeit, nur Ihre Nationalität oder Ihre Nationalität plus Europäer?“ Nehmen wir die Antworten für Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien für das Jahr 2004, weil sie den Daten für jedes weitere Jahr seit dem Ende des Kalten Krieges am ähnlichsten sind:

In Großbritannien betrachten sich 8 Prozent entweder nur als Europäer oder als Europäer plus Briten. Dagegen betrachten sich 62 Prozent nur als Briten und 27 Prozent als Briten plus Europäer.

In Frankreich betrachten sich 14 Prozent entweder nur als Europäer oder als Europäer plus Franzosen. Dagegen betrachten sich 29 Prozent nur als Franzosen und 54 Prozent als Franzosen plus Europäer.

In Deutschland betrachten sich 14 Prozent entweder nur als Europäer oder als Europäer plus Deutsche. Dagegen betrachten sich 38 Prozent nur als Deutsche und 46 Prozent als Deutsche plus Europäer.

In Italien betrachten sich elf Prozent entweder nur als Europäer oder als Europäer plus Italiener. Dagegen betrachten sich 28 Prozent nur als Italiener und 56 Prozent als Italiener plus Europäer.

Kurz, jeweils ungefähr eine von zehn Personen in den größten vier Ländern der EU zieht die europäische Identität der nationalen Identität vor.

Eine zweite Erklärung führt den Frieden in Europa ebenfalls auf die EU zurück, stellt aber nicht die Identität in den Mittelpunkt, sondern Regeln. Die Europäer haben nach dieser Argumentation ein straff durchorganisiertes ökonomisches und politisches Gebilde – „Europa“ – geschaffen, dessen Regeln nationalem Denken und Handeln entgegenwirken. In diesem hochgradig interdependenten und gut integrierten System besteht einfach deswegen kein Raum für Sicherheitskonkurrenz und Krieg zwischen den Ländern, weil sie weder die Neigung verspüren noch den Bewegungsspielraum dafür haben, einander weitere Schwierigkeiten zu bereiten. Warum sollte schließlich irgendjemand gegen die Regeln verstoßen und Ärger machen, wenn die EU jedes Jahr alle glücklich macht?

Es gibt drei Probleme bei dieser Erklärung. Erstens ist es keine Frage, dass die EU viel getan hat, um Wirtschaftswachstum zu fördern und die europäischen Staaten dazu zu bewegen, auf einige Elemente ihrer Souveränität zu verzichten und sich stattdessen

für eine gemeinsame Entscheidungsfindung zu engagieren. Aber dieser Prozess gerät in den letzten Jahren allmählich ins Stocken, da sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt hat und die EU-Mitglieder wachsende Bereitschaft gezeigt haben, die Regeln zu brechen. Betrachtet man, wie die verschiedenen EU-Länder auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise reagieren, so hat man nicht das Gefühl, dass die Europäische Union eine hoch integrierte Institution darstellt. Die meisten Länder scheinen tatsächlich oft unilateral zu handeln und ihre nationalen Interessen durchzusetzen, zuweilen auf Kosten anderer Mitglieder.

Zweitens hat es die EU versäumt, eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln. Sie hat auch keine eigenen integrierten Streitkräfte geschaffen. Das Hauptinstrument für die Gewährleistung der Sicherheit Europas ist stattdessen die NATO, die weiterhin eine amerikanisch geführte Organisation ist. Die Entwicklung der europäischen Union war gewiss beeindruckend, aber sie hat ihre Mitglieder nicht davon abgehalten, wie souveräne Staaten zu handeln. Und je weiter wir uns vom Jahre 1989 entfernen, umso fragiler erscheinen die Bande, die diese Union zusammenhalten.

Russland ist kein Mitglied der EU, und deshalb kann man mit den politischen und ökonomischen Regelwerken der EU nicht erklären, warum es keine Sicherheitskonkurrenz zwischen Deutschland und Russland gibt, zwei Staaten, die nicht nur die beiden mächtigsten in Europa sind, sondern auch eine lange Geschichte konkurrierender Absichten in Osteuropa haben.

Die dritte alternative Erklärung lautet, dass Frieden herrscht, weil Europa demokratisiert wurde und Demokratien – wie uns die demokratische Friedenstheorie lehrt – nicht gegen andere Demokratien kämpfen. Ich habe meine Zweifel an der Beweiskraft dieser speziellen Theorie, aber selbst wenn es stimmt, dass Demokratien nicht gegeneinander kämpfen, vermag sie nicht Europas bemerkenswerte Stabilität während der letzten zwanzig Jahre zu erklären. Denn Russland ist keine Demokratie im Sinne dieses Begriffs. Daher kann die demokratische Friedenstheorie nicht erklären, weshalb es keinen Konflikt zwischen Deutschland und Russland über ihre Einflussphären in Osteuropa gibt.

Kurzum, ich halte keine dieser alternativen Erklärungen für überzeugend. Der Frieden in Europa ist meiner Meinung nach hauptsächlich der Tatsache zu verdanken, dass die Vereinigten Staaten weiterhin das Sicherheitsumfeld auf dem Kontinent bestimmen, und in zweiter Linie dem Umstand, dass Europa – das im Laufe der Zeit amerikanisiert worden ist – bemüht ist, den Vereinigten Staaten zu helfen, die Geschicke der Welt zu lenken.

### **3 Ausblick: Drei europäische Konfliktszenarien**

Wie sind die Aussichten für die Erhaltung des Friedens in den kommenden Jahren? Es ist nicht klar, wohin wir uns bewegen, aber wenn wir über die Zukunft nachdenken, dann sollten wir uns am besten auf drei kritische Fragen konzentrieren. Beginnen wir mit der Frage, die ich für die unwichtigste halte: die Zukunft der imperialen Mission, die für die Europäer in erster Linie die Zukunft ihrer „Out-of-area“-Militäroperationen bedeutet.

Meiner Meinung nach steht den Vereinigten Staaten eine Niederlage in Afghanistan ebenso wie im Irak bevor. Die liberale imperiale Mission war von Anfang an zum Schei-

tern verurteilt, und ich finde es bemerkenswert, dass so wenige Amerikaner diese offensichtliche Tatsache begriffen haben.

Die Europäer haben, wie gesagt, den Irak bereits verlassen, und ich neige zu der Auffassung, dass die meisten europäischen Staaten in den nächsten Jahren ihre Truppen auch aus Afghanistan zurückziehen werden. Die Amerikaner jedoch werden wahrscheinlich noch viele Jahre lang in Afghanistan und im Irak bleiben. Die Vereinigten Staaten werden alles tun, um sich gegen die drohende Niederlage in diesen Konflikten zu sträuben, und das bedeutet, dass sie dort für lange Zeit gebunden sein werden.

Europas schlechte Erfahrungen mit imperialer Politik werden voraussichtlich dazu führen, dass für den „Out-of-area“-Einsatz der NATO das Ende absehbar ist. Es ist schwer vorstellbar, dass sich die NATO bald wieder in ein anderes Afghanistan verwickelt lässt. Generell kann man sagen, dass wenig dafür spricht, dass Europa große Begeisterung dafür aufbringen wird, den Vereinigten Staaten zu helfen, wenn es in den kommenden Jahren darum geht, die Geschicke der Welt zu lenken. Über die Unlust, dem selbsternannten Sheriff der Welt zu helfen, werden sich zumindest einige Amerikaner empören, die der Ansicht sein werden, dass die Europäer sie sowohl in Afghanistan als auch im Irak in der Patsche sitzen lassen. Und das wird für die NATO ein Problem sein, weil ein Versagen für keine Organisation gut ist. Dies wird auch dazu führen, dass die Europäer ihre Blicke nach innen statt nach außen richten, was für die Ruhe in Europa nicht förderlich sein wird.

Das zweite kritische Problem, dem wir uns gegenübersehen, betrifft das US-amerikanische Engagement für Europa. Wie sieht die Zukunft für den amerikanischen Friedensbewahrer in Europa aus? Diese Frage ist schwer zu beantworten, weil die heutigen Verhältnisse keine klare Aussage in der einen oder anderen Richtung zulassen.

In den vergangenen sieben Jahren haben die Vereinigten Staaten sich sehr für drei Weltregionen interessiert: Europa, Nordostasien und den Nahen Osten, besonders den ölreichen Persischen Golf. Aus unmittelbar einleuchtenden geopolitischen Gründen war Europa lange Zeit die wichtigste dieser drei Regionen. Aber diese Situation ändert sich rasch mit dem Aufstieg Chinas in Asien und mit Amerikas tief greifendem Interesse an der Aufrechterhaltung einer starken militärischen Präsenz im Nahen Osten. Heute ist Europa für die Vereinigten Staaten wahrscheinlich die wenigst wichtige dieser drei Regionen, und seine Bedeutung wird im Laufe der Zeit vermutlich weiter nachlassen, ohne dabei unwichtig zu werden.

Es gibt eine weitere wichtige Dimension der geopolitischen Situation Amerikas: der Zustand der Weltwirtschaft. Gegenwärtig erleben wir die schlimmste Wirtschaftskrise seit der Großen Depression der 1930er Jahre. Allem Anschein nach konnte eine neue Depression vermieden werden, aber der Schaden für unsere Volkswirtschaften ist noch immer gewaltig, und die wirtschaftliche Erholung wird wahrscheinlich ein langsamer und schmerzvoller Prozess sein. Niemand kann sicher sein, dass wir nach anfänglichen Erfolgen nicht wieder zurückfallen. Unter diesen wirtschaftlichen Bedingungen werden die Vereinigten Staaten gewiss nach Mitteln und Wegen suchen, um die Verteidigungsausgaben zu senken oder in diesem Bereich zumindest kürzer zu treten.

Kurz gesagt, angesichts eines immer mächtiger werdenden China, der weiter bestehenden Probleme im Nahen Osten und eines langsamen, schmerzvollen Endes der großen

Rezession ist es möglich, dass die Vereinigten Staaten Europa verlassen werden, um ihre begrenzten Ressourcen in Asien und im Nahen Osten zu konzentrieren.

Es ist wichtig festzuhalten, dass die Vereinigten Staaten in Europa traditionell eine Gleichgewichtsstrategie (off-shore balancing) verfolgt haben. Mit anderen Worten, sie haben sich aus Europa herausgehalten, wenn es keinen potentiellen Hegemon gab, der nicht durch die anderen europäischen Großmächte selbst in Schach gehalten werden konnte. Die einzige Ausnahme war das, was seit 1989 geschehen ist, als die Vereinigten Staaten sich dafür entschieden haben, in Europa zu bleiben, obwohl es kein Land gab, das den Kontinent zu beherrschen drohte. Kurz gesagt, Amerikas gegenwärtige Beziehung zu Europa ist aus historischer Sicht eher ungewöhnlich, und man könnte behaupten, dass sie nicht im US-amerikanischen Interesse liegt.

Es gibt jedoch auch gute Gründe für die Annahme, dass die Vereinigten Staaten in Europa bleiben werden. Die meisten Mitglieder des amerikanischen außenpolitischen Establishments sind weiterhin entschlossen zu dem Versuch, trotz ihrer Schwierigkeiten in Zentralasien und im Nahen Osten, die Geschicke der Welt zu lenken – und die Erhaltung des Friedens in Europa steht ganz oben auf der Agenda des Establishments. Außerdem finden sich starke Argumente dafür, dass es in Amerikas nationalem Interesse liegt, zum Frieden in Europa beizutragen, auch wenn diese Logik in der Vergangenheit nicht immer zwingend war. Und man kann anführen: Obwohl Nordostasien und der Nahe Osten heute für die Vereinigten Staaten strategisch wichtiger sind als Europa, ist es eine Tatsache, dass „Uncle Sam“ reich genug ist, in allen drei Regionen beträchtliche Streitkräfte zu unterhalten. Es lässt sich schwer vorhersagen, wie sich die Verhältnisse auf Dauer entwickeln, doch scheint klar, dass die Vereinigten Staaten während des nächsten Jahrzehnts in Europa bleiben werden.

Damit komme ich zum dritten kritischen Problem, dem russisch-ukrainischen Verhältnis, das meines Erachtens heute die größte potenzielle Gefahrenquelle in Europa darstellt. Die Beziehungen Russlands zur Ukraine sind nicht gut, und es ist nicht zu erwarten, dass sie sich in voraussehbarer Zukunft verbessern werden, besonders da die Ukraine verlangt, dass die russische Armee die Halbinsel Krim verlässt, wenn ihr Pachtvertrag im Jahre 2017 ausläuft, während Russland sicherlich alles unternimmt, um dort zu bleiben. Die NATO hat die schwierige Situation noch verschärft, indem sie törichterweise damit droht, die Ukraine als Mitglied in die Allianz aufzunehmen, ein Schritt, den die Russen als bedrohlich ansehen und deshalb für inakzeptabel halten. Ich behaupte nicht, dass ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine wahrscheinlich ist, aber er ist nicht ausgeschlossen, wie der Krieg zwischen Russland und Georgien im August 2008 gezeigt hat. Großmächte achten sehr auf Sicherheitsarrangements an ihren Grenzen, und Russland ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme.

Wenn es Anzeichen für ernste Schwierigkeiten zwischen Russland und der Ukraine, geschweige denn wirkliche Kampfhandlungen gäbe, so hätte dies starke Auswirkungen auf das sicherheitspolitische Denken in den osteuropäischen Staaten und in Deutschland. Zunehmende Spannungen zwischen Deutschland und Russland wären die Folge und dies könnte Deutschland veranlassen, sich Sorgen über weitere russische Schritte zur Stärkung seines Einflusses in Osteuropa zu machen. Und gewiss würde daraufhin eine erhöhte Sicherheitskonkurrenz die sicherheitspolitische Tagesordnung in Osteuropa bestimmen.

Die Art und Weise dieser Sicherheitskonkurrenz wird jedoch stark davon abhängen, ob die Vereinigten Staaten in Europa bleiben und ob die NATO intakt bleibt. Wenn es so ist, wird eine Konfrontation zwischen Russland und der Ukraine hauptsächlich deswegen nicht in einen größeren Konflikt münden, weil der amerikanische Sicherheitsschirm sich über das übrige Europa spannt und es Russland unmöglich macht, sich westwärts auszuweiten. Und natürlich könnten sich alle NATO-Mitglieder, Deutschland eingeschlossen, auf den starken Schutz der Vereinigten Staaten verlassen.

Wäre der amerikanische Friedensbewahrer im Falle eines Konflikts zwischen Russland und der Ukraine nicht präsent, hätten die Russen weniger Angst davor, in Richtung Westen zu expandieren, und die Deutschen müssten verstärkt für ihre eigene Sicherheit sorgen. Dies würde sicherlich zu einem scharfen Sicherheitswettbewerb zwischen Deutschland und Russland um deren Kontrolle und Einfluss in Osteuropa führen. Nochmals also: Es darf eben nicht unterschätzt werden, wie wichtig für Großmächte die Lage in ihren Randgebiete ist.

Das hier entworfene Szenario gäbe Deutschland auch Anlass, über den Aufbau einer eigenen nuklearen Abschreckung nachzudenken. Es sei daran erinnert, dass die Deutschen nicht mehr unter dem amerikanischen nuklearen Schirm stünden, und dass Kernwaffen das ultimative Abschreckungsmittel sind. Dies schufe eine gefährliche Situation, weil die Russen einen starken Anreiz hätten, Deutschland von der Entwicklung eigener Atomwaffen abzuhalten.

Mein Fazit ist: Die beiden wichtigsten Faktoren, welche die künftigen Aussichten für den Frieden in Europa bestimmen, sind erstens, ob ein ernster Konflikt zwischen Russland und der Ukraine ausbricht, und zweitens, ob die Vereinigten Staaten weiterhin entschlossen sind, in Europa zu bleiben und die NATO zu führen. Offensichtlich sollten die Europäer hoffen, dass Moskau und Kiew imstande sind, ihre Differenzen friedlich beizulegen, aber wenn sie nicht dazu imstande sind, sollten sie hoffen, dass die amerikanischen Friedensbewahrer an Ort und Stelle bleiben, um noch größere Probleme abwenden zu können.